

Bundesrepublik Deutschland und Westberlin: Streik- und Protestwelle an Unis und Schulen

(taz,phx,tb/yB)

Seit Ende November wogt eine Welle des Protests, des Widerstands und des Streiks an den Universitäten der BRD und Westberlins. Mittlerweile weiteten sich die Aktionen auch auf

Schulen aus. Ein Ende der Aktionen ist nicht in Sicht. Selbst über die Weihnachtsferien blieben zahlreiche Hochschulinstitute besetzt.

Begonnen hat es am 21. November an der Uni Frankfurt und den Fachhochschulen Frankfurt, Gießen und Wiesba-

den, wo damals insgesamt 5000 StudentInnen in den Streik traten. Die Ausstände richteten sich gegen die zunehmend schlechteren sozialen und

besetzen und zu bestreiken. Die Gründe waren die gleichen wie in Frankfurt, hinzu kam die triste Situation am Westberliner Wohnungsmarkt. Be-

Außerdem in diesem TATblatt:

Hausbesetzungen in Wien

Wehrdienstverweigerer
entführt?

Auswirkungen eines
EG-Beitritts auf ausländische
Beschäftigte

Verschärfungen bei
Notstandshilfe

Gentechnik
Dritter Teil

Essay:
Ein Atlas mit mehr als nur
Grenzen und Flüssen

Neues vom
Zweitageszeitungsprojekt



streik an der Berliner Paul-Natorp-Schule

universitären Bedingungen. Zahlreiche StudentInnen (in der BRD 60%) sind - wie auch bei uns - gezwungen, neben dem Studium zu arbeiten. Dies und die schlechte Ausstattung der Universitäten, überfüllte Seminare, zu wenig ProfessorInnen und DozentInnen, verursachen, so die streikenden Studierenden, Studienverzögerungen.

Zwei Wochen später wurde in Westberlin damit begonnen, die Institute der Freien Universität (FU) Berlin zu

sonders für StudienanfängerInnen ist es seit Anfang 1988 schwer, eine Wohnung zu finden. Seit einer mit diesem Zeitpunkt in Kraft getretenen Mietrechtsreform werden zunehmend weniger billige Wohnungen auf dem freien Markt angeboten. Das neue Mietrecht bietet VermieterInnen die Möglichkeit, bei Neuvermietungen den Zins überdurchschnittlich zu erhöhen.

Bundesrepublik Deutschland und Westberlin: Streik- und Protestwelle an Unis und Schulen

Fortsetzung von Seite 1

Im Zuge des Streiks, mit dem sich auch Teile der ProfessorInnenschaft solidarisch erklärten, kam es zu zahlreichen Demonstrationen, alternativen Seminaren und Arbeitsgruppen. Allein in Frankfurt bildeten sich über 150 Arbeitsgruppen, die sich auch Gedanken über die Stellung der Universität in der Gesellschaft machten. So wurden auch konkrete Forderungen, wie nach mehr Mitbestimmung in den universitären Gremien, mehr Geld für Forschung und Lehre, die Einrichtung von Frauenlehrstühlen und nach kritischen Lehrinhalten ausgearbeitet. Für AusländerInnen wurde eine rechtliche Besserstellung an den Universitäten gefordert. Ebenso wurde gefordert, daß das neu einzurichtende Institut für interdisziplinäre Forschung auch von

merksamkeit der Westberliner WeihnachtseinkaufsummlerInnen erregten symbolische Wohnaktionen mit Pappdeckelpalästen auf belebten Straßen. In Frankfurt informierte ein "Zensurfrees Radio - ZFR" die Bevölkerung. Der Sender befand sich im 40. Stockwerk der besetzten Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität. Die Redaktion der Frankfurter Rundschau wurde einen Tag lang besetzt gehalten.

Mitte Dezember wurde in Frankfurt der Streik ausgesetzt. Zugleich aber kam er in anderen Städten gerade erst ins Rollen. Unter anderem wurden in Duisburg, Hamburg, Freiburg, Marburg, Bremen, Tübingen, Heidelberg, Kassel und Köln Institute besetzt und bestreikt. Am 19. Dezember traten erstmals auch SchülerInnen in den Streik, zuerst in Berlin, dann auch in

zeitverkürzung für LehrerInnen auf Kosten von Schulstunden protestiert. Die Besetzung des Duisburger "Geschwister-Scholl-Gymnasiums" wurde u.a. damit begründet, daß 1989 als Folge der Änderung des Wehrdienstzeitgesetzes 1986 erstmals das Abitur ein Monat früher abgelegt werden muß, um einen Sprung vom Militär zum Studium zu ermöglichen. Dadurch aber fällt das Abitur in die normale Schulzeit.

Kurz vor Weihnachten bröckelte der Streik an einigen Universitäten ab. Anderswo hingegen kamen die Studis, eigenen Aussagen nach, "erst so richtig in Fahrt". An einigen noch nicht bestreikten Fakultäten wird für Jänner schon fix geplant, sich den Streiks anzuschließen. An einigen Universitäten, zB an der FU Berlin wurden die Institutsbesetzungen auch während der Weihnachtsferien nicht unterbrochen.



StudentInnen mitgetragen werden soll.

Es kam aber auch zu zahlreichen Selbsthilfeaktionen, beispielsweise gegen die Wohnungsnot. So wurde im Westberliner DiplomatInnenviertel eine Villa mehrere Tage besetzt gehalten, ehe sie von einem Polizei-Großaufgebot brutal und festnahmsreich (150 Stück) geräumt wurde. Die Auf-

Duisburg. In Berlin wurden 16 Gymnasien und Gesamtschulen bestreikt, 3 Schulen wurden gar besetzt. Dominierendes Motiv war anfangs die Solidarität mit den StudentInnen; bald aber traten eigenständige Anliegen und Forderungen in den Mittelpunkt: Es wurde mehr Mitbestimmung gefordert sowie gegen die Zensur des verwendeten Unterrichtsmaterials und gegen die in Westberlin geltende Arbeits-

Anfang Jänner fanden an den meisten Universitäten Vollversammlungen statt, in denen über die Form der Weiterführung der Streiks und Proteste diskutiert und entschieden wurde. Ein "Startschuß" zur Fortsetzung der Streiks im neuen Jahr sollte der "Internationale StudentInnenkongress" vom 6. bis 9. Jänner in Westberlin sein. Ziele des Treffens waren bundesdeutscher wie internationaler Erfahrungsaustausch, Wege um den Streik aus den Unis hinauszutragen, Alternativen zur Fremdbestimmung usw. Den Abschluß bildete ein Aktionstag, der in die neue Streikphase überleiten sollte, war der 9. Jänner doch offizieller erster Uni-Tag in diesem Jahr.

Über Verlauf und Ergebnisse des StudentInnenkongresses, sowie über Entscheidungen der verschiedenen HörerInnenversammlungen an den Universitäten war zu Redaktionsschluß noch nichts bekannt. Wir berichten darüber, ebenso wie über alle weiteren Entwicklungen, im nächsten TATblatt.

Alternative Weihnachtsfeiern

Hausbesetzung in Wien

(TATblatt)

2 Stunden dauerte am 24.12. die Besetzung des Hauses Quellenstr.59 in Wien-Favoriten. Nachdem die 6 Aktivist*innen das 2-stöckige Gebäude geentert und beflaggt hatten (Motto: "Vor Recht auf Arbeit kommt das Muß auf Obdach"), versuchte die Alarmabteilung das Haus auf jenem Weg zu räumen, auf dem die Besetzenden hineingekommen waren. Da dies nicht möglich war, mußte zuerst auf die Ankunft des Hausschlüssels gewartet werden. Daraufhin wurde unter der Observanz ca. 50 Uniformierter, einiger Zivilbeamter, einer auflösungsresistenter, natürlich unangemeldeter Kundgebung und zahlreicher Schaulustiger unblutig geräumt.

Die Tatsache des Mangels an Brutalität, die von einem Beobachter, der ständig räsonierte, daß zumindest ein kleiner Hitler notwendig wäre, vehemen-

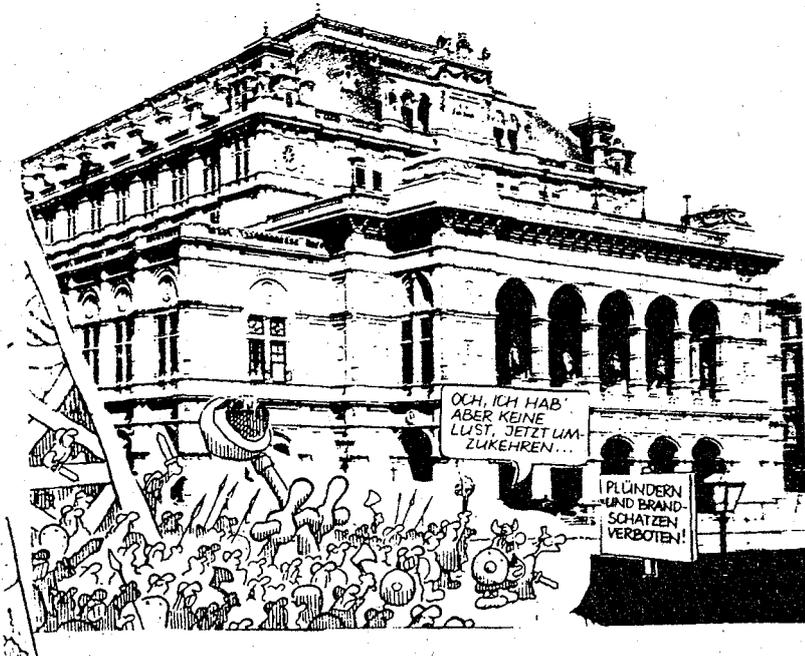
ment gefordert wurde, dürfte wohl auf die politische Sensibilität des Weihnachtsabends zurückzuführen sein.

Das Haus ist in Privatbesitz und eines der letzten 3 Häuser eines relativ großen ehemaligen Häuserblocks, von dem sonst nur noch ein geräumter Bauplatz übrig ist. Dies und die Gürtelnähe der 3 Häuser machen sie zu idealen Spekulationsobjekten und so werden sie wohl zu einem guten Preis der Spitzhacke zum Opfer fallen. Das nunmehr besetzt gewesene Haus steht aber jetzt noch. Leer.

Alternative Weihnachten feierten auch - so wie letztes Jahr - Wiener Obdachlose in der U-Bahn-Passage Karlsplatz mit Volkküche und Kleidergeschenken. Im Gegensatz zu den diversen offiziellen und offiziösen Institutionen organisierten die Hilfsin-

itiative Obdachloser BürgerInnen (HIOB) und der Arbeitskreis Strafvollzug ein Weihnachtsfest, daß sich nicht versteckte, sodaß sich jeder und jede, der/die vorbeikam, sich an die Obdachlosigkeit in Wien und vielleicht auch an die diesbezügliche Politik der Gemeinde gemahnt fühlen mußte.

- Es herrscht Alarmstufe I



Am 2. Feber findet in der Wiener Staatsoper der diesjährige Opernball statt. Auch Gegenveranstaltungen, wie die traditionelle Anti-Opernball-Demo sind wieder in Vorbereitung. Genaue Veranstaltungshinweise hiezu im nächsten TATblatt.

Vorbereitungsplena finden derzeit jeden Montag um 19 Uhr im WUK-Kinosaal (Wien 9, Währingerstraße 59) statt.

Betrifft: TATblatt

Mit Rekordverspätung liegt dir nun die Minus-98-Nummer des TATblatts vor. Eigentlich hätte sie schon vor Weihnachten erscheinen sollen, doch... die technischen Probleme behielten wieder einmal die Überhand. So wurde die Zeitung erstmals mit Desktop-Publishing layoutiert, wobei ein verhängnisvoller Fehler bei der Rahmendefinition die Druckvorlagen unbrauchbar machte. Wir bemühten uns, das Layout so schnell wie möglich mit Schere und Klebstoff zu reparieren, brauchten dafür aber zumindest so viel Zeit, daß der vereinbarte Drucktermin nicht eingehalten werden konnte. Da ein Verschieben dieses Termins angesichts voll ausgelasteter Druckmaschinen nicht möglich war, konnte die Zeitung nicht mehr produziert werden.

Dieses TATblatt ist allerdings nicht der verspätete Abdruck vorweihnachtlicher Meldungen, sondern eine aktuelle Neuproduktion. Inhaltliche und optische Verbesserungen bleiben hoffentlich nicht unbemerkt. Über unsere aktuellen Probleme mit uns selbst und der Zeitung siehe bitte den "Brief eines Redaktörs" im neuen "Projekt TATblatt"- Teil.

Weitere Infos und viel Raum zur Diskussion gibt es schließlich auch beim TATblatt-Großplenum am 25. Jänner um 19 Uhr im TATblatt-Büro am Margareten Gürtel 122-124/Stiege 1/Keller in Wien 5. Wir hoffen auf dein zahlreiches Erscheinen.

Das TATblatt-Kollektiv

Solidarität mit Kurdistan

(kurdistan-komitee; TATblatt)

Das Kurdistan-Komitee ruft zur Solidarität mit den kurdischen WiderstandskämpferInnen, den politischen Gefangenen, den in der BRD inhaftierten politischen kurdischen Gefangenen und zur Unterstützung der hiesigen Arbeit des Komitees auf. Unter anderem sollen die auf das

Länderbank-Konto:

248-109-136/00/000

erbetenen Spenden für Medikamente, Winterbekleidung, Schlafsäcke. Anwaltskosten und Informationsmaterialien verwendet werden.

Kontaktadresse:

Kurdistan-Komitee in Österreich
Jurekgasse 4/3
1150 Wien

TATblatt

S U C H T

**BesserwiserInnen
und
MitarbeiterInnen**

**Großes Treffen:
Mittwoch, 25. Jänner
1989, 19 Uhr
Wo?
TATblatt-Büro
Wien 5,
Margaretengürtel 122-
124, Stiege 1, Keller**

Bundesheermanöver Brigadeschild '89

(wiener zeitung;tb)

Das größte Bundesheermanöver dieses Jahres wird vom 30. Jänner bis zum 3. Feber im niederösterreichischen Weinviertel und im Waldviertel zwischen Mistelbach und Zwettl, unter Einbeziehung des Truppenübungs-

platzes Allensteig stattfinden. 6000 Soldaten, sowie rund 1000 "Räderfahrzeuge", 250 "Panzerfahrzeuge" und die Jagdbomber SAAB 105 OE werden zum Einsatz kommen. Hinweise darauf, daß auch Draken "mitspielen", liegen uns bislang nicht vor.

Salzburg:

Streik der ZivildienstberaterInnen

(arge zd/sv/gf sbg; öh-sbg; TATblatt)

In den Monaten Dezember, Jänner und Feber gibt es in Salzburg die Zivildienstberatung der ARGE Zivildienst, ebenso wie die der ÖH nicht! Der Grund: Die BeraterInnen streiken aus Protest gegen gegen Zivildienstgesetzesnovelle, die seit 1. Dezember gültig ist und eine Reihe unzumutbarer Bestimmungen enthält (siehe TATblatt Minus-100).

"Wir können uns mit diesem Zivildienst nicht mehr genug identifizieren, um - als wäre nichts geschehen - weiter jährlich hunderte unbezahlte Arbeitsstunden zu investieren, um Antragsteller zu beraten. Wir brauchen für uns eine Nachdenkpause, in der wir klären wollen, ob und in welcher Form wir weiter eine Beratung für Wehrdienst-

verweigerer durchführen werden." heißt es in einem Flugblatt der ARGE für ZD,... und der ÖH.

Ebenso wird der Sinn einer Beratung überhaupt hinterfragt, stellt sie doch nur eine Rolle am Spielplan des "Kommissionstheater" dar. So hilft die Beratung mit, das Niveau der Anträge zu heben, worauf die Kommission das Niveau ihrer Anforderungen erhöht, meinen die BeraterInnen.

ZivildienstberaterInnen in anderen Bundesländern haben sich diesem Streik bislang nicht angeschlossen. In Wien wurden die Beratungen schon im Sommer protesthalber regelmäßig auf die Wiese vor dem Bundeskanzleramt verlegt.

Terroristen quittierten Militärdienst

(phoenix, 9.12.88)

Unter Protest treten dieser Tage Vorarlberger Reservisten aus dem österreichischen Bundesheer aus. Grund dafür ist die kürzlich publik gewordene Geheimstudie der Maria-Theresianischen Militärakademie, Wiener Neustadt, in welcher die Grünen als im Vorfeld des Terrorismus agierend bezeichnet wurden. "Wir schicken per Einschreiben/Express den Wehrdienstausweis, die Wehrdiensternennungsmedaille und die Wehrdienst-

kennungs-marke an den Oberbefehlshaber des Heeres, Bundespräsident Waldheim, zurück", sagte der Initiator der Aktion, Reservist Werner Kräutler aus Lauterach. "Solange sich Bundespräsident Waldheim nicht schriftlich in aller Schärfe von der Studie distanziert, betrachten wir uns nicht mehr als dem Heer zugehörig", erklärte Kräutler; in einem demokratischen Staat sei es nicht tragbar, daß "vermeintlich terroristische Kräfte" im Heer agierten, meinte er.

Tag der offenen Häuser

(TATblatt)

Samstag, 7. Jänner 89, Hausbesetzungen in Wien und Linz, 8 Festgenommene.

Eine Scheinbesetzung des Hauses Ecke Liniengasse-Wallgasse bildete den Auftakt zu einem Tag der Hausbesetzungen. Ein Großaufgebot der Alarmabteilung stürmt 12 Uhr mittags das mit Transparenten geschmückte Haus. Die BesetzerInnen seilten sich jedoch rechtzeitig ab (im wahren Sinne des Wortes) und verließen das Gebäude durch den Hinterausgang. Darob gefrustet suchte die Polizei ihr Heil auf der Straße: im Zuge einer Solidaritätskundgebung wurde eine Frau festgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt war aber ein weiteres Haus (Aegidigasse 10, unweit der im August geräumten und abgerissenen Häuser Aegidigasse/Spalowskygasse) längst besetzt. Schon am Abend zuvor waren die BesetzerInnen eingezogen und hatten sich verbarrikiert. Punkt 13.50 hängten sie Transparente aus den Fenstern, woraufhin sich ca. 50 SympathisantInnen und viele Polizei-

sten vor dem Haus versammelten. Um 14.45 stürmte die Alarmabteilung und nahm alle Anwesenden unter Einsatz von Gummiknüppeln und Fensterscheiben fest.

Im Laufe des Nachmittags mußte die Exekutive noch gegen weitere zwei Hausbesetzungen ankämpfen. Nach Überwindung der Barrikaden - einmal mit freundlicher Unterstützung der Wiener Feuerwehr - suchten sie allerdings stets vergeblich nach BesetzerInnen.

Alle acht Festgenommene wurden zur Personalfeststellung und Perlustrierung ins Kommissariat Gumpendorf überstellt und wenig später freigelassen.



Aktion Nulltarif

(akin)

Mit 1.1.89 sind die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien wieder einmal angehoben worden. Umso mehr ist es für viele StadtbewohnerInnen einfach eine finanzielle Notwendigkeit geworden, "schwarz" zu fahren. Zumindest in Wien wollen wir das nun aber nicht mehr widerstandslos hinnehmen. Neben sozialen können wir auch ökologische und volkswirtschaftliche Gründe anführen, um den Nulltarif zu fordern. Um dem aber Nachdruck zu verleihen, wollen wir uns zusammenschließen, gemeinsam ein öffentliches Wiener Verkehrsmittel besteigen, keinen Groschen dafür bezahlen und dies laut und deutlich allen Fahrgästen und vor allem den sicherlich baß erstaunten Kontrolloren kundtun. Wer also mitmachen will, komme zur Aktionsbesprechung "Nulltarif" im GE-Zentrum, Wipplingerstr. 23, am 19.1.89 um 19 Uhr

Wehrdienstverweigerer entführt

(gruppe für totalverweigerung; tb)

Am 2. Jänner diesen Jahres, genau an dem Tag, an dem Robert Richter seinen Wehrdienst antreten hätte sollen, wurde er Opfer einer geheimnisvollen Entführung. In einem Bekenner schreiben der "Aktion Franz Jägerstätter" heißt es dazu:

"(...)Er wurde um 3h10 aus seiner Wohnung in Rohrbach, Hauptstraße 46, abgeholt. Heute soll er in die Martinskaserne Eisenstadt einrücken. Um ihn vor den staatlichen Repressionen (Verfolgung, Untersuchungshaft, gerichtliche Verurteilung) zu schützen, die dem Kriegsdienstverweigerer drohen, nehmen wir ihn in Schutzhaft. Wir halten ihn solange fest, bis er aus dem Militär entlassen wird!"

Robert Richter war 1983 von Zivil-

dienstkommission und -oberkommission überprüft und als Wehrdienstverweigerer abgelehnt worden. 1988 beantwortete er einen Einberufungsbefehl zum Militär mit der Erklärung, daß er es ablehne, Kriegsdienst zu leisten. Dieses Schreiben wurde als Zivildienst Antrag gewertet; die Kommission lehnten ihn jedoch abermals ab. Mittlerweile wollte Robert aber ohnehin auch den Zivildienst nicht mehr ableisten. "Ob als Soldat oder dessen ziviler Handlanger, als Zivildienstler oder sonstwie dem Kriegssystem Umfassende Landesverteidigung zu dienen, macht für mein Gewissen keinen Unterschied."

Nachtrag zum Unistreik

In Westberlin wurden StudentInnen, die trotz Streiks an Seminaren teilnehmen wollten, von vereinbarten Treffpunkten mit Polizeiautos auf Unigelände chauffiert und mit Polizeischutz zu den Seminaren geleitet. Trotz allem wird FO und FO weiterhin bestreikt.

Zwei Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofs zur Notstandshilfe

Erkenntnis 1: Beurteilung der Notlage, wenn kein gemeinsamer Haushalt vorliegt.

Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (Zl. 86/08/0228/5) muß die Behörde bei einem Ansuchen um Notstandshilfe das Einkommen der Eltern des/der Antragstellers/in überprüfen, auch wenn diese nicht im gemeinsamen Haushalt leben.

Zu diesem Erkenntnis gelang der Verwaltungsgerichtshofs infolge der Beschwerde einer Frau, deren Antrag auf Notstandshilfe vom Arbeitsamt Versicherungsdienste in Wien abgewiesen worden war.

Die Begründung der Behörde: Eine Notlage liege nicht vor, weil die (nicht im gemeinsamen Haushalt lebende) Mutter der Antragstellerin über ein überdurchschnittliches Einkommen verfüge. Es fand weder eine Überprüfung des tatsächlichen Einkommens noch eine Anhörung statt. Der Behörde genüge die Tatsache, das die Mutter als Prostituierte tätig ist, weshalb sie "nach den allgemein anerkannten Erfahrungswerten über ein Einkommen verfüge, das als überdurchschnittlich anzusehen sei".

In seiner Erkenntnis stimmt der Verwaltungsgerichtshof der Ansicht der Behörde im Prinzip zu, daß das Einkommen von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltspflichtigen Angehörigen (also der Eltern) dann eine Rolle spielt, wenn es ein überdurchschnittliches ist.

Kritik übt der Verwaltungsgerichtshof lediglich an der Vorgangsweise der Behörde, die es unterlassen habe, ent-

sprechende Erhebungen durchzuführen. Die Annahme eines überdurchschnittlichen Einkommens der Eltern genüge nicht, so der VGH, die Behörde muß die Höhe des Einkom-

Regelung, soll ihr Kind bekommen können, auch wenn sie den Vater des Kindes nicht heiraten will (oder kann) oder von den Eltern unter Druck gesetzt wird.



mens der unterhaltspflichtigen Angehörigen durch Erhebungen (Vernehmung der Eltern, Auskunft beim Finanzamt oder Sicherheitsbehörden, Beziehung eines geeigneten Sachverständigers etc.) nachprüfen.

Diese Entscheidung hat weitreichende Auswirkungen. Wurde bisher das Einkommen der nicht gemeinsam mit den Eltern Lebenden nur bei "Mißbrauchsverdacht" überprüft, so müßte dem Erkenntnis zufolge nunmehr eine um Notstandshilfe ansuchende Person gleich den Einkommensnachweis der Eltern dem Antrag beifügen, selbst wenn diese nicht im gemeinsamen Haushalt leben. Hat der oder die Betreffende also das Pech, daß ihre Eltern über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen, kann er oder sie vom Bezug der Notstandshilfe ausgeschlossen werden.

Damit wird jedoch beispielsweise der eigentliche Sinn und Zweck bei einer Sondernotstandshilfe, die als flankierende Maßnahme zur Fristenlösung beschlossen wurde, völlig unterminiert. Jede Frau, so die Absicht der

Der Verwaltungsgerichtshof kommt in diesem Fall überdies noch zu einer anderen wichtigen Erkenntnis. In ihrer Beschwerde hat die Antragsstellerin darauf hingewiesen, daß aufgrund ihrer bereits vor längerer Zeit erfolgten Volljährigkeit die Mutter nicht verpflichtet sei, für den Unterhalt aufzukommen. Dazu stellt der VGH nun fest, daß Volljährigkeit kein ausreichendes Argument für die Fähigkeit der Selbsterhaltung darstellt. "Die Selbsterhaltungsfähigkeit des Kindes kann vor oder nach Erreichung der Volljährigkeit eintreten.

Erkenntnis 2: Was ist ein überdurchschnittliches Einkommen?

In diesem Erkenntnis (Zl. 88/08/0010-11) geht der Verwaltungsgerichtshof auf die Frage ein, wann ein überdurchschnittliches Einkommen vorliegt. Ausgangspunkt ist die Beschwerde eines Mannes, dessen Ansuchen um Notstandshilfe mit dem Verweis auf das überdurchschnittliche Einkommen seiner (nicht im gemeinsamen

Haushalt lebenden) Ehefrau nicht stattgegeben wurde.

Das monatliche Nettoeinkommen der Ehefrau betrug 10.959,08 Schilling und wurde vom Arbeitsamt als überdurchschnittlich bewertet, da es "das laut Auskunft der Handelskammer bei S 9.228,45 gelegene durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Österreicher übersteige".

Nach Ansicht des Verwaltungsgerichtshofs freilich ist nicht jedes über dem statistisch ermittelten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegende Einkommen schon als überdurchschnittlich anzusehen. Der VGH geht davon aus, daß "zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse eines nicht im gemeinsamen Haushalt mit dem unterhaltspflichtigen Angehörigen lebenden Arbeitslosen ein höherer Aufwand als bei Bestehen einer Haushaltsgemeinschaft" erforderlich ist. Ein Einkommen eines nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Unterhaltspflichtigen ist also nur dann "überdurchschnittlich", wenn es "den Durchschnittswert um so viel übersteigt, daß daraus der bei Fehlen eines gemeinsamen Haushalts erwachsende Mehraufwand abgedeckt werden kann". Bei einem monatlichen

Nettoeinkommen von 10.959,08 trifft dies jedoch nicht zu.

Da das Erkenntnis aber nichts über die tatsächliche Höhe eines "überdurchschnittlichen" Einkommens aussagt, bleibt dessen Festsetzung auch in Zu-

zungspflichtigen nach eigenen Aussagen generell verzichtet.

Die Praxis des niederösterreichischen Landesarbeitsamtes begründet der zuständige Referent gegenüber den Kontrasten so: Die Bestimmung über



kunft im Ermessen der Behörde. Weiterhin also werden etwa die salzburger, oberösterreichischen oder zum Teil auch die wiener Landesarbeitsämter restriktiv vorgehen, während andererseits etwa das niederösterreichische Arbeitsamt auf die Prüfung des Einkommens von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Unterstüt-

die Anrechnung der Einkommen von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen sei vielleicht als Beschäftigungstherapie für den Verwaltungsapparat gut, sonst jedoch völlig realitätsfern. Das Beste sei es, die Regelung abzuschaffen, wozu es seiner Ansicht nach aber ohnehin in absehbarer Zeit kommen werde.

phoenix

press e a g e n t u r

Ideenbeirat: Univ. Doz. Dipl. Ing. Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni Wien • Dr. Klaus Bosselmann, Umweltjurist, Berlin • Prof. Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg • Prof. Dr. Armin Weisse, Chemiker, Uni München

**Sind Sie politisch aktiv?
Arbeiten Sie in ökologisch orientierten Instituten?
Oder sind Sie in Bürgerinitiativen engagiert?**

Dann wissen Sie, welche Bedeutung die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung haben, bzw. haben könnten.

Hier hakt phoenix ein. Sie ist die Verbindung zwischen alternativem Wissen und einer breiteren Öffentlichkeit. Wir sammeln Presseaussendungen, Zeitschriften, Studien, Veranstaltungstermine und

Aktionsberichte aus dem deutschen Sprachraum und bereiten sie mediengerecht auf.

Wir senden diese Nachrichten täglich an JournalistInnen, Zeitungs- & Funk-Redaktionen und an politisch interessierte Institutionen. Nach Wunsch per Telex, Telefax, Post, Mailbox oder auf Diskette.

Und monatlich veröffentlicht phoenix presseagentur eine Sammlung aller im Vormonat verschickten Meldungen (für „Informanten“ gratis).

Entstehen bei Ihnen Nachrichten, nach denen sich Medien die Finger abschlecken?

Sind Sie selbst interessiert, laufend und aktuell informiert zu werden?

Dann schicken Sie uns bitte eine Postkarte, ein Telex, Fax, einen Brief - oder rufen Sie kurz an. Wir senden Ihnen gerne näheres Informationsmaterial - über phoenix presseagentur, über die Möglichkeiten des Nachrichtenaustausches und unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
Frechinger & Glöckner G.m.b.H.
Langackergasse 29 • A-1190 Wien
Tel.: 0222/32-68-10, 32-68-565
Fax: 0222/32-68-56 • Tlx: 75310220 phxa • Mailbox: 0222 / 43-37-78

EG-Diskussion: AUSWIRKUNGEN FÜR AUSLÄNDISCHE BESCHÄFTIGTE

Aus einer Untersuchung geht hervor, daß ein EG-Beitritt die in Österreich beschäftigten AusländerInnen in drei "Klassen" teilen würde.

(kontraste)

Während es für EG-StaatsbürgerInnen faktisch keinen Unterschied mehr gegenüber österreichischen ArbeitnehmerInnen geben würde und türkische ArbeitnehmerInnen nach einem EG-Beitritt einige Verbesserungen erwarten dürften, haben ausländische Beschäftigte, die nicht diesen beiden Gruppen angehören (z.B. jugoslawische Beschäftigte), mit Verschlechterungen zu rechnen.

DERZEITIGE SITUATION

Für den größten Teil der in Österreich beschäftigten AusländerInnen (Angehörige der Türkei oder aus Jugoslawien) gilt das Ausländerbeschäftigungsgesetz, und nur für einen kleineren Teil zwischenstaatliche Abkommen.

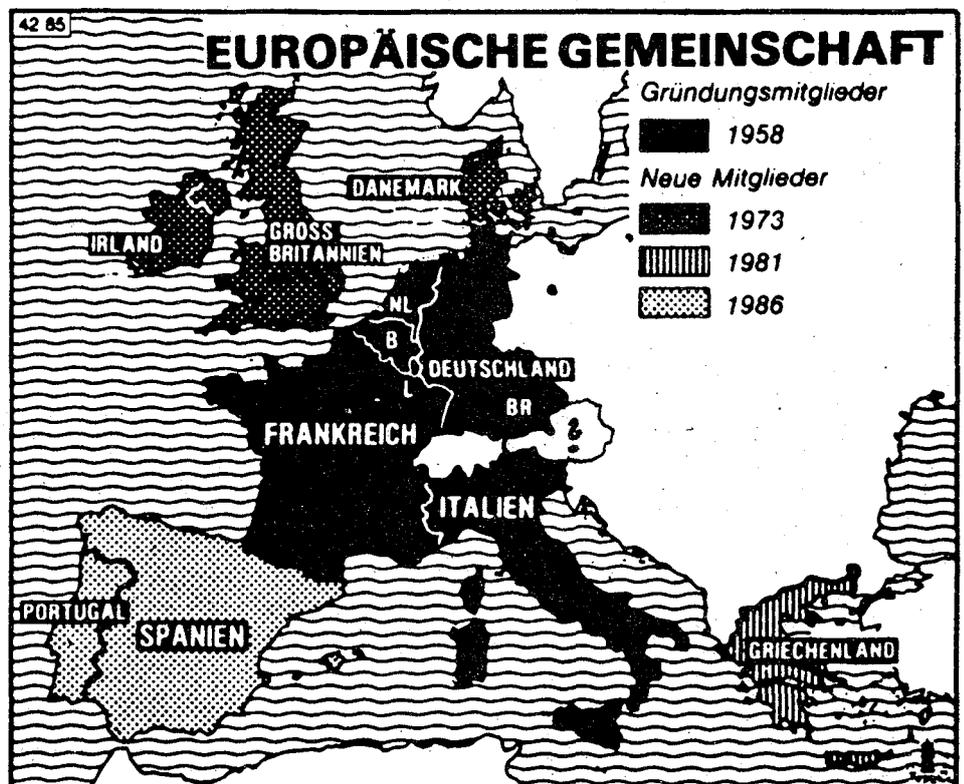
Das Ausländerbeschäftigungsgesetz erlaubt die Beschäftigung von AusländerInnen nur nach Ausstellung einer Beschäftigungsbewilligung. Diese hat der Arbeitgeber zu beantragen, gilt nur für einen bestimmten Beruf in einem bestimmten Betrieb im Bereich eines Arbeitsamtes und wird höchstens für ein Jahr ausgestellt; danach muß wieder eine Verlängerung beantragt werden. Neben den verschiedensten Voraussetzungen (ärztliches Zeugnis, Aufenthaltserlaubnis, Bestätigung über eine angemessene Wohnmöglichkeit...) wird bei Ausstellung einer Beschäftigungsbewilligung jeweils die "Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" überprüft.

Nach achtjähriger Beschäftigung können AusländerInnen unter Berücksichtigung von bestimmten Ersatzzeiten die Ausstellung eines Befreiungsscheines beantragen, dessen Gültigkeit sich jeweils auf höchstens 3 Jahre

erstreckt. Erst dieser Befreiungsschein ermöglicht es ausländischen Beschäftigten, verschiedenen Berufen in verschiedenen Betrieben nachzugehen, ohne an einen bestimmten Arbeitsplatz gebunden zu sein. Die kurze Laufzeit des Befreiungsscheines ermöglicht es den Betroffenen kaum, sich in Österreich

SITUATION NACH EINEM EG-BEITRITT

Bei den Auswirkungen einer EG-Mitgliedschaft auf die AusländerInnenbeschäftigung muß mensch zwischen drei verschiedenen Gruppen von AusländerInnen unterscheiden: EG-Bür-



auch nur annähernd eine sichere Existenz aufzubauen, da sie dann wieder eine Verlängerung beantragen müssen.

Verschiedene zwischenstaatliche Abkommen sehen vor allem für BürgerInnen aus der BRD und der Schweiz liberalere Regelungen vor.

gerInnen, türkische Staatsangehörige und die übrigen AusländerInnen.

Für die StaatsbürgerInnen eines EG-Staates gilt die "Freizügigkeit für Arbeitnehmer": Diese beinhaltet, daß solche AusländerInnen in einem Mitgliedsland in bezug auf Beschäftigungs-, Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen gegenüber InländerInnen nicht diskriminiert werden dürfen. Sie haben das Recht, sich um alle "tatsäch-

lich angebotenen Stellen" zu bewerben und sind so den InländerInnen beim Zugang zum Arbeitsmarkt weitgehend gleichgestellt. Sie benötigen weder Arbeitserlaubnis noch Beschäftigungsbewilligung, sind an keinen bestimmten Betrieb gebunden und genießen Vorrang vor allen anderen "Gastarbeitern".

Diese völlig neue rechtliche Stellung aller EG-BürgerInnen stellt die wohl größte rechtliche Änderung zum Ausländerbeschäftigungsgesetz dar. Die faktischen Auswirkungen sind geringer einzuschätzen, da die meisten WanderarbeiterInnen nicht aus den Ländern der Gemeinschaft kommen. SpanierInnen und GriechInnen dürften auch in Zukunft die BRD als Ziel-land bevorzugen, höchstens für SüditalienerInnen könnte Österreich nach einem EG-Beitritt auf Grund unserer geographischen Lage ein Anziehungspunkt sein.

Auch für türkische Staatsangehörige würde sich nach einem EG-Beitritt einiges ändern, da sie nach den Normen des Assoziationsabkommen zwischen der Gemeinschaft und der Türkei behandelt werden müssten.

Jene TürkInnen, die bereits seit vier Jahren in einem EG-Land arbeiten, erhalten nach dieser Zeit das Recht, sich auf dem Arbeitsmarkt dieses Landes frei zu bewegen. Sie sind dann weder an den Erhalt einer Beschäftigungsbewilligung gebunden noch an die Regelung über den Befreiungsschein. So wären sie zwar nicht mit den InländerInnen gleichgestellt, würden aber einige rechtliche Vorteile im Vergleich zu den übrigen AusländerInnen genießen.

Die Situation für die übrigen ausländischen Beschäftigten würde sich dagegen kaum verändern, da es keine Regelungen der Gemeinschaft gibt, die vorschreiben, solche Staatsangehörige günstiger zu behandeln, als dies derzeit etwa nach dem österreichischen Ausländerbeschäftigungsgesetz geschieht. Dies bedeutet faktisch eine Verschlechterung vor allem für jugoslawische StaatsbürgerInnen, die dann nicht nur den EG-BürgerInnen, sondern auch TürkInnen den Vorrang lassen müssten. Da aber diese Gruppe in Österreich den größten Anteil der AusländerInnen darstellt, würde hier eine sehr drastische Verschlechterung der Bedingungen für "Gastarbeiter" im

allgemeinen stattfinden.

Die primäre Zielsetzung der EG als Wirtschaftsmacht, als das Ermöglichten von "mehr Markt" innerhalb der Mitgliedsstaaten, lassen kaum darauf schließen, daß für "Außenstehende" im Bereich der AusländerInnenbeschäftigung in absehbarer Zeit grundlegende Verbesserungen zu erwarten sind. Schon die Vorgangsweise gegenüber den türkischen ArbeitnehmerInnen, für die laut Assoziationsabkommen die schrittweise Verwirklichung der Freizügigkeit vorgesehen wäre, zeigt, wie wenig die Interessen dieser Gemeinschaft soziale Anliegen sind. Erleichterungen für EG-BürgerInnen, "Zuckerln" für die TürkInnen, um einen Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft noch recht lange hinauszuzögern, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einstellung der EG zur "Gastarbeiterfrage" ebensowenig eine großzügige ist, wie jene der Verfasser des österreichischen Ausländerbeschäftigungsgesetzes.

Quelle: Zusammenfassung von Heinz Ortner aus seiner Diplomarbeit zur Frage "EG-Ausländerbeschäftigung", Salzburg, 1988

Steirisches Zebra hilft AusländerInnen

(ZEBRA; TATblatt)

Anläßlich des dieser Tage gefeierten Tages der Menschenrechte und des 40-jährigen Bestehens der Allgemeinen Erklärung der UNO-Menschenrechte ruft ZEBRA (Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und kulturellen Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich) die Flüchtlings- und Asylpolitik Österreichs in Erinnerung.

Nur einige der Probleme mit Österreich:

Kommt jemand an die Ö-Grenze ohne Paß, wird sie/er erst einmal festgenommen und somit beginnt eine Reihe von Einschüchterungen.

Egal wo AsylantragstellerInnen herkommen, sie haben den Antrag "verständlich" zu äußern, also deutsch oder englisch. Polizei- oder Gendarmeriebeamte bzw die Fremdenpolizei

führen Einvernahmen durch, um dann zumeist zur Erkenntnis zu gelangen, daß es sich unmöglich um einen Asylfall handeln kann und schließlich "...wurde der Wunsch auf Asyl auch nicht geäußert."

Einige PerserInnen unterschrieben im Zuge der Verhöre ein Dokument, nachdem sie sich "freiwillig" (ach ja!) damit einverstanden erklären, zurück in den Iran geschickt zu werden, berichtet ZEBRA (leider ohne genauere Angaben). Die PerserInnen unterschrieben somit ihr eigenes Todesurteil.

"Es gibt schon ein Asyl, aber die meisten kommen nicht so weit. Zumindest jene, die in der Steiermark das Pech haben, aufgegriffen zu werden.", schlußfolgert das in Graz ansässige ZEBRA.

Sollte es mancher/manchem gelingen,

doch dem Asylverfahren zugeführt zu werden, so geht das Martyrium weiter: Es folgt Traiskirchen, etwas Taschengeld bei gleichzeitigem Arbeitsverbot, usw. Der Traum der Folter im Heimatland entronnen zu sein, wird zur Luftblase.

ZEBRA wurde 1985 nach einem Anti-Folter-Symposium gegründet und arbeitet seither auf dem Gebiet der Beratung und Betreuung von AusländerInnen und GastarbeiterInnen. ZEBRA will außerdem Folterrehabilitation bieten, und bei akuten Abschiebungen intervenieren. ZEBRA braucht dazu Geld, Menschen usw.

ZEBRA
Hans Sachsgasse 1
8010 Graz
Tel (0316) 70 56 30
Konto: Stmk. Sparkasse Graz
0000-066373 (BLZ 20815)

Mehr als nur Grenzen und Flüsse

Ein Atlas der Mächtigen der Welt

(trend)

Mit dem statistischen Material, das die Regierungen der Welt Jahr um Jahr produzieren, ließe sich spielend eine Großbibliothek auffüllen.

Das große heutige Problem der Datenverarbeitung (maschinell wie konventionell) ist aber nicht die Ablage der Daten, sondern ihre Auswertung. Zwei Engländer, Michael Kidron und Ron Segal, kämpften sich durch die Datenberge und produzierten einen Weltatlas, der mehr als nur Gebirge und Städte eines Landes darstellt: Die wirtschaftliche Macht, die Bevölke-

rung, die Rüstungsausgaben, ihr Anteil am Weltmarkt. Und sie kommen durch oft unkonventionelle Schlüsse (wie z.B. durch die Gegenüberstellung der Entwicklungshilfe der Industriestaaten und dem geschätzten Kapitalwert der aus den Entwicklungsländern abgeworbenen Fachkräfte und Spezialisten) auf niederschmetternde Ergebnisse unseres Wirtschaftssystems.

Mit Ausnahme Chinas befinden sich fast alle bevölkerungsreichen Staaten in der absoluten Hungerzone. Indien z.B. setzt mit einem Wachstum von über 10 % binnen 5 Jahren zum Überholmanöver auf den derzeit bevölkerungsreichsten Staat, die Volksrepublik China, an. Laut einer UN-Studie wird dies etwa 2050 der Fall sein.

Die Industriestaaten der Erde weisen bestenfalls ein 5%iges Wachstum im selben Zeitraum auf (USA, Kanada). Die BRD fiel sogar um 0,9 % zurück, Tendenz weiter fallend.

Desto ungleicher ist die Handelsmacht, der relative Anteil am Weltmarkt, verteilt. Fand man Indien auf der Bevölkerungskarte als riesigen roten Fleck, ist es hier kaum aufzufinden. Schon alleine Hong Kong überholt das Riesenland um mehr als das doppelte. Auch mit Afrika ist es zum Schaudern bestellt: Der ganze Kontinent hat gemeinsam einen geringeren Anteil am Welthandel als Frankreich.

Die fettesten Zuwachsraten liegen erwartungsgemäß in Fernost: Japan, Südkorea, Taiwan, China. Die größten Handelsblöcke der Welt (allen voran die EG, dann Nordamerika), begnügen sich größtenteils mit stagnierenden oder schwach fallenden Anteilen (+/-5 % in 10 Jahren).

Wohl den größten Schub in der Entwicklung verbuchte Japan, das 1975 noch 3,5 % Weltmarktanteil hatte und mittlerweile Afrika, Indien und Australien zusammen weit überrundet hat.

Noch ungleicher ist der Vergleich der industriellen Macht, die Bruttoin-

landsinvestitionen der Industrie. Hier sucht man Afrika beinahe vergebens, nur einige kleine Punkte zeugen von der Existenz eines solchen Kontinents. Die größten Zuwachsraten sind ausnahmslos in den größten Industrienationen zu Hause: Japan, USA, EG. Seit neueren mischt durch die massive Ankurbelung der Konsumgüterproduktion auch die UdSSR mit.

Die Militärausgaben spiegeln zwei eindeutige Trends wider:

Einerseits das noch immer anhaltende Wettrüsten der beiden Supermächte, die jetzt vor allem auf dem Gebiet der Hochtechnologie horrenden Ausgaben verzeichnen, andererseits die massive Bewaffnung der Krisenregionen. Vor allem der nahe Osten (hier besonders Saudi-Arabien), Südkorea und die Staaten an der Nordküste Afrikas verzeichnen hohe Zuwachsraten. Trotzdem sind die zwei großen Mächte der Welt USA und UdSSR wohl nicht so leicht zu überbieten.

Westeuropa, zwischen den Mühlsteinen eingeklemmt, "begnügt" sich mit Militäretats im Mittelfeld, Staaten wie die Schweiz, Österreich oder Spanien zählen schon fast zu den "Sparmeistern" der Welt. Deren Anteil liegt ebenso wie der von Japan unter 2,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Österreich liegt bei allen Werten mehr oder weniger im Mittelfeld der Industrienationen, mit einer Ausnahme: Im Anteil der Entwicklungshilfe am BIP sind wir absolutes Schlußlicht unter den industrialisierten Geldgebern. Aber das soll sich laut Außenminister Mock bald ändern. Die Frage ist nur, in welche Richtung.

Der unkonventionelle Atlas ist 1987 bei Pam Books, England, erschienen und trägt den Titel "The New State of the World Atlas - a Pluto Project."

Bei Rowohlt erschien eine deutsche, wenn auch nicht gänzlich identische Fassung unter dem Namen "Hunger und Waffen."

TATblatt

S U C H T

**BesserwiserInnen
und
MitarbeiterInnen**

**Großes Treffen:
Mittwoch, 25. Jänner
1989, 19 Uhr
Wo?
TATblatt-Büro
Wien 5,
Margaretengürtel 122-
124, Stiege 1, Keller**

BRD: Politische Betätigung untersagt

(C.Yürü; TATblatt/yß)

"Sehr geehrter Herr Yürü!
Die Stadt Nürnberg beabsichtigt, Ihnen die politische Betätigung zu untersagen und den Aufenthalt auf den Bereich Mittelfranken zu beschränken."

So begann ein vom Einwohnermelde- und Paßamt der Stadt Nürnberg abgesandter Brief, der dem seit 23 Jahre in der BRD lebenden und nur neun Monate vorher in Istanbul geborenen Cengiz Yürü im November zugestellt wurde. (Die Untersagung stützt sich auf das Ausländergesetz §6 Abs 2; die Aufenthaltsbeschränkung auf eine Auflage zur Aufenthaltserlaubnis; §7 Abs 4 AuslG)

Als Gründe für dieses Vorhaben gab die Stadt Nürnberg an: "Aufgrund von Erkenntnissen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern liegen Gründe vor, die es rechtfertigen, die obengenannten Maßnahmen gegen Sie zu erlassen."

Zu den für die Entscheidung maßgeblichen Tatsachen (die aus der gar ausführlichen obigen Begründung zweifellos unschwer herauszulesen sind) hat Cengiz Yürü gemäß "Art.28 Abs 1

BRD

218 Selbstanzeigen wegen Abtreibungs§- 218

(phx)

München: Am 10. Jänner starteten die Grünen vom Landesverband Bayern eine bundesweite Selbstbeziehungsaktion" gegen den Abtreibungsparagrafen 218. "Es ist an der Zeit - nach 6 Jahren Kohl-Regierung sich gegen die dumpfe Stimmungsmache der sogenannten 'Lebensschützer' zu wehren", heißt es in einer Mitteilung der bayerischen Grünen.

Diese Aktion solle aber erst der Beginn der Mobilisierung eines breiten öffentlichen Spektrums zur unterschiedenen Gegenwehr gegen die verschärfte Situation zum §218 sein. Auftakt wird eine taz-Anzeige am 10. Jänner sein, mit den Worten "Herr Staatsanwalt, sie werden sich übernehmen. Auch ich habe abgetrieben."

BayVwVfG (GVBl S 544)" Gelegenheit sich zu äußern.

Cengiz Yürü war als Stahlformenbaulehrling Mitglied der zuständigen Gewerkschaft IG Chemie, Papier, Keramik und wurde zum Jugendvertreter gewählt.

Im April dieses Jahres stand Cengiz vor der Staatsschutzkammer, wo ihm wegen Wehrkraftzersetzung der Prozeß gemacht wurde. Sein Gesicht und das dreier weiterer Antimilitaristen zierte eine Flugschrift der "Kämpfenden Jugend", in der aufgefordert wurde, "den Kopf nicht mit dem Helm

zu vertauschen, und Befehle nicht blindlings auszuführen, sondern jeweils zu fragen: für wen - wozu?"

Cengiz ist allerdings weder vorbestraft noch wird gegen ihn in irgendeiner Sache gerichtlich ermittelt.

Protestbriefe bitte schicken an: Einwohner-Melde- und Paßamt- Abt Ausländerwesen

Äußere Laufergasse 17

BRD 8500 Nürnberg 1

Kopien an:

Cengiz Yürü

Friedenstraße 7

BRD 8500 Nürnberg 10

Ungarn:

Unterschriftensammlung für Rücktritt von Parlamentsabgeordneten

(phoenix; 9.12.1988)

Aufgrund einer Initiative des "Bundes junger DemokratInnen" (FIDESZ) wird gegenwärtig in mehreren ungarischen Wahlkreisen eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Darin werden jene Abgeordnete zum Rücktritt aufgefordert, die im ungarischen Parlament für den Bau des Wasserkraftwerks Gabcikovo-Nagymaros gestimmt hatten.

Wenn mindestens 10% der Wahlberechtigten ihre/n Abgeordnete/n schriftlich zum Rücktritt auffordern, muß nach dem ungarischen Wahlrecht der Präsidialrat im betreffenden Wahlkreis eine neue Wahl anordnen. In der Praxis ist dies seit 1949 in Ungarn nicht mehr vorgekommen.

Zwei Mitglieder von FIDESZ, Attila Bègany und Tamàs Wachler, haben vor ungarischen JournalistInnen bekräftigt, daß sie im 23. Budapester Wahlkreis bereits 1.200 von den benötigten 1.600 Unterschriften erhalten haben. In diesem Wahlkreis war Miklòs Vida, Mitglied des Präsidialrats und Vizepräsident des ungarischen Parlaments, gewählt worden. Er hatte vorgeschlagen, daß das Parlament die Kraftwerksfrage in nichtöffentlicher Sitzung behandeln sollte, und daß das Abstimmungsverhalten der MandatarInnen nicht veröffentlicht werden dürfe. Vida ist seit 1953 Abgeordneter und war im Jahr 1985 mit 67,9% der Stimmen wieder in das Parlament gewählt worden.

Ungarn:

Verlagerung der Militärflugschneisen

(phoenix, TATblatt)

Die Bevölkerung von Debrecen und Hodmezövásárhely hat erreicht, daß die Militärflugschneisen über der Stadt - ihrem alten Wunsch entsprechend - geändert werden. Einem ungarischen Pressebericht zufolge werden künftig Militärflugzeuge nicht mehr in der Nähe von Wohngebieten

fliegen. Auch darf ab jetzt über den Städten eine Mindestflughöhe von 1000 Meter nicht unterschritten und die Schallgeschwindigkeit nicht überschritten werden. Dieser Kompromiß ist sehr beachtenswert, da es sich im Fall Debrecen um sowjetische Kriegsflugzeuge handelt.

Indien:

Staudammprojekt gefährdet den Wald und den Menschen

(phoenix, TATblatt)

Mehrere hunderttausend Menschen müssen für ein Staustufenprojekt an der Narmada, einem der heiligen Flüsse Indiens, umgesiedelt werden. Das Projekt wird von der Weltbank finanziert.

Neben der Stromerzeugung ist die Bewässerung eines Gebietes in der Größe von Rheinland-Pfalz vorgesehen. Die Staustufen werden auch zu gravierenden Waldverlusten führen. Derzeit wird am Sardar-Sarovar-Damm im Bundesstaat Gujarat, dem größten der vorgesehenen Dämme,

gebaut.

Von den Umsiedlungen sind vor allem Bauernfamilien, von denen viele zu den indischen Stammesvölkern zählen, betroffen, berichtet Thomas Methfessel, Geografiestudent als Marburg. Er untersuchte zwischen Oktober 1986 und März 1987 die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Projektes für seine Diplomarbeit. Im Juli dieses Jahres erschien seine Arbeit als Buch im Durga Press-Verlag unter dem Titel "Noch fließen Shivas Tränen...".

Die Bundesdeutsche Zeitschrift "In-

dien Info" berichtet, daß trotz staatlicher Aufforstungsprogramme in Indien jährlich eine Waldfläche von der vierfachen Größe des Saarlandes verloren geht. Während zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit noch etwa ein Viertel des Landes von Wald bedeckt war, so sind es heute nur noch 12 %. Holz ist nach wie vor eine der wichtigsten Energiequellen der Bevölkerung. Die industrielle Nachfrage nach Edelhölzern sowie riesige Staustamm- und Straßenprojekte sind für das Verschwinden des indischen Dschungels mitverantwortlich.

Schweiz:

Ernteauffälle und Planktonsterben durch geschädigte Ozonschicht

(phoenix, 9.12.1988)

Eine weitere Schädigung der Ozonschicht und die damit verbundene verstärkte UV-Strahlung könnte zu katastrophalen Ernteauffällen und einem Absterben des Planktons in den Weltmeeren führen. Das geht aus einer eben veröffentlichten Broschüre des World Wildlife Fonds (WWF) Schweiz hervor. Der WWF Schweiz fordert daher die "totale Reduktion aller reglementierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), ein sofortiges Verbot von Polyurethan-Hartschäumen, FCKW-hältigen Verpackungsmaterialien und Weichschäumen sowie Recycling für ausgediente Kühlschränke". Der Schweizer Nationalrat erfüllte diese Forderungen bereits weitgehend. Er beschloß am vergangenen Dienstag einstimmig die Ratifizierung des Montrealabkommens und darüber hinaus eine Reduktion der FCKW um 95% bis ins Jahr 1999.

(Als in Schweden die Elektroindustrie per Gesetz verpflichtet wurde, FCKW-freie Reinigungsmethoden für

Silicium-Chips zu entwickeln und einzusetzen wurde fortan Wasser, Seife und etwas Alkohol verwendet. Der FCKW-Ersatz bewies sich bei insgesamt verbesserten Komponentenklebstoffen gegenüber der alten Methode als besser.)

Vor allem die zentrale Stoffwechselfunktion der Pflanzen, verantwortlich für die Umwandlung von Kohlendioxid in Sauerstoff, sei durch die verstärkte UV-Strahlung gefährdet. Besonders empfindlich reagierten Kulturpflanzen wie Sojabohnen oder Paradeiser, so der WWF. Die verstärkte Strahlung könnte aber auch den Orientierungssinn des Planktons in den Meeren zerstören, was ein Massensterben der Mikroorganismen nach sich ziehen würde. Die Auswirkungen eines derartigen Planktonsterbens sind unabschätzbar. "Allein die Meeresalgen produzieren etwa die Hälfte unseres Atemsauerstoffs. Zu Land und zu Wasser stehen die Kleinstlebewesen überdies am Anfang der Nahrungsketten", heißt es in der Broschü-

re.

Während Ozon in 15 Kilometer Höhe vor der UV-Strahlung schützt, schädigt es in Bodennähe Pflanzen und Menschen. Intensives Sonnenlicht wandelt Stickoxide und Kohlenwasserstoffe aus Abgasen in Ozon um. Schon geringe Mengen Ozon können den Stoffwechsel der Pflanzen schädigen. Schweizer Landwirtschaftsexpertinnen, so der WWF, beziffern den bereits jetzt daraus entstehenden Schaden durch Ernteauffälle mit 110 bis 330 Millionen Franken pro Jahr. Ozon in Bodennähe führt aber nicht nur zur Schädigung von Pflanzen, wie auch des Waldes, sondern auch zu Reizung der Schleimhäute, Kopfschmerzen, Atemnot sowie Husten, Asthma und Brustschmerzen beim Menschen.

Die 32seitige Broschüre gibt überdies einen guten Überblick über den Aufbau der Atmosphäre und FCKW.

GENTECHNIK

TEIL 3

(TATblatt/bs)

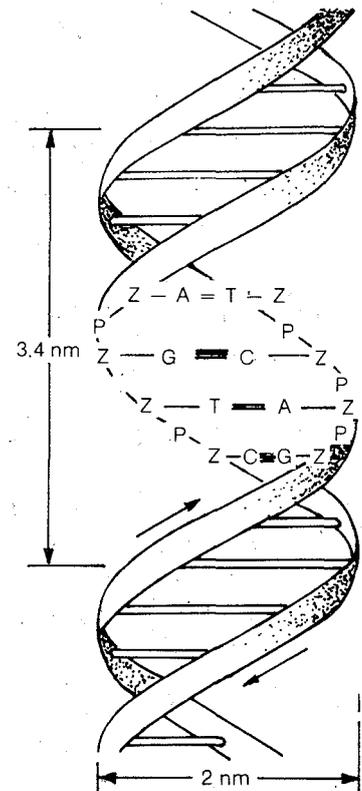
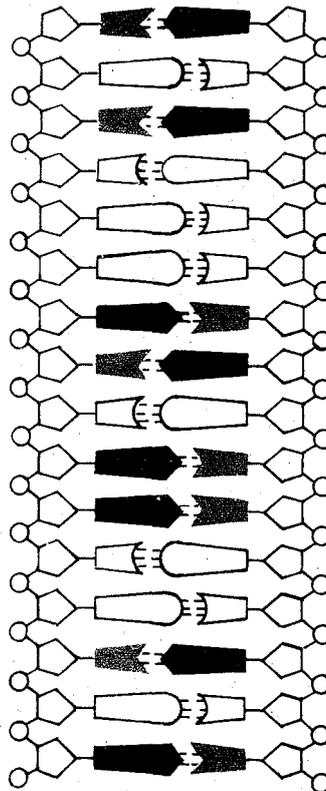
Wollte mensch die DNA (die menschliche Erbsubstanz) mit einer Bibliothek vergleichen, so umfaßte diese rund hunderttausend Bücher (= Gene) mit insgesamt 3 Milliarden Buchstaben (= Nukleotide). Diese Bibliothek, das menschliche Genom (die Gesamtheit der Gene), zu entziffern ist das ehrgeizigste und kostenintensivste Projekt der Gentechnologie.

Ende der 70er Jahre entwickelte Walter Gilbert eine Methode, um Gene zu isolieren und zu analysieren. Diese damals reichlich komplizierte wissenschaftliche Arbeit ist heute längst Routine und eine eintönige Arbeit für LaborantInnen. Rund tausend Buchstaben können pro Tag von einem einzelnen Laboranten entschlüsselt werden. In Japan wurden mittlerweile Geräte entwickelt, die bis zu 300.000 Nukleotide in 24 Stunden bewältigen. Es ist längst keine Utopie (oder Horrorvision) mehr, wenn WissenschaftlerInnen in schwer zu übertreffender Kritiklosigkeit davon schwärmen, in absehbarer Zeit in einer vollständigen Genkarte des Menschen lesen zu können, wie in einem Buch.

Walter Gilbert hofft mit seiner

"Genome Corporation" dieses Ziel in zehn Jahren zu erreichen. Voraussichtliche Kosten: 3 - 6 Milliarden Dollar. Um wirtschaftlich von dieser Forschung profitieren zu können, fordert er ein Copyright für die aufgeschlüsselte menschliche Erbsubstanz.

Die nach dem Verfahren der Genanalyse erarbeitete Information - die Genorte und Genstrukturen - soll jedem Kunden, sei es ein Staat, ein Forschungsunternehmen oder ein Pharmakonzern, gegen Entgelt zu Verfügung gestellt werden. Praktisch



DNA-Doppelstrang (Ausschnitt)

In der letzten Folge war von der Entwicklung gentechnischer Medikamente die Rede. Neulich wurde bekannt, daß in den USA ein Experiment beantragt wurde, im Zuge dessen ein bestimmtes Gen zur Krebsbehandlung auf Menschen übertragen werden soll. Der Versuch wurde vom RAC (Recombinant DNA Advisory Committee) mit 16 gegen 5 Stimmen genehmigt, vom Direktor des "National Institute of Health" jedoch gestoppt. Die Gegenstimmen seien, so die Begründung, gerade von jenen WissenschaftlerInnen gekommen, die auf diesem Gebiet die meisten Erfahrungen hätten.

Rosenberg hatte krebserkrankten PatientInnen sogenannte Tumor-Infiltrierende Lymphozyten (eine bestimmte Form der weißen Blutkörperchen) entnommen, in großen Mengen gezüchtet und den PatientInnen wieder eingespritzt. Nach eigenen Angaben, seien daraufhin bei 10% der PatientInnen die Tumore verschwunden und bei weiteren 30% geschrumpft. Bei dem nun gestoppten Versuch sollte ein Antibiotika-resistentes Gen, ein sogenanntes Marker-Gen, auf die Lymphozyten übertragen werden. Damit wollte Rosenberg feststellen, warum die Lymphozyten nur bei wenigen PatientInnen den Tumor attackieren.

Rosenberg will das Experiment an als unheilbar krank eingestuftes KrebspatientInnen mit einer geschätzten Lebenserwartung von 90 Tagen durchführen.

genutzt werden kann dieses Wissen aber erst nach darauf aufbauenden Forschungen, welche die Funktion der einzelnen Gene, die Art der von ihnen produzierten Proteine und die Aufgabe dieser Proteine im menschlichen Körper klären. Dadurch wird es möglich, Anlagen z.B. für Krebsanfälligkeit oder für verschiedene Allergien zu erkennen und weitere Erbkrankheiten zu diagnostizieren. In einem fortgeschrittenen Forschungsstadium könnten durch die Analyse eines menschlichen Embryos weitreichende Informationen über anlagebedingte Eigenschaften und Merkmale des zukünftigen Menschen bezogen werden. Auch für die Herstellung von Medikamenten zur Therapie von Erbkrankheiten wäre das Wissen um den gene-

tischen Aufbau des Menschen von Nutzen.

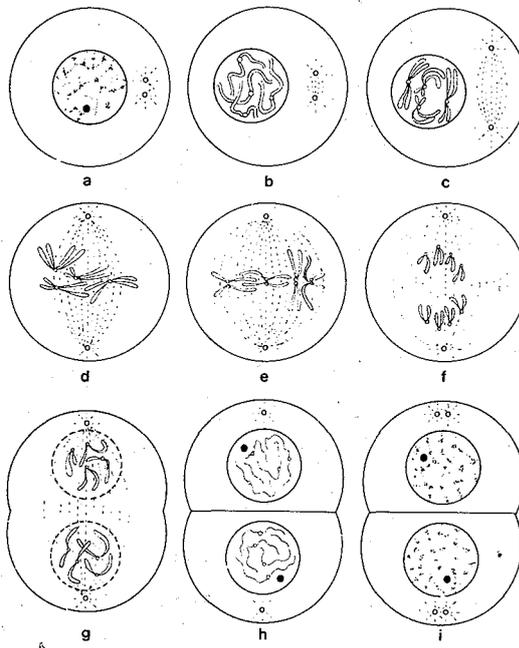
So schön dies alles klingen mag: Die Sinnhaftigkeit dieses Projekts ist nicht zuletzt wegen der Unsummen, die es verschlingt, mehr als umstritten. Schließlich verschärft es die Diskrepanz zwischen einer immer kostenintensiveren, technologisch überspitzten Medizin in den Industrieländern und der verheerenden medizinischen Versorgung in den Ländern der sogenannten "Dritten Welt".

Für diese Forschungsgelder gäbe es bei weitem bessere Verwendungsmöglichkeiten. Zudem liegt der Mißbrauch der Genanalyse auf der Hand. Der Verdacht, daß Versicherungen und ArbeitgeberInnen vor der Einstellung einen genetischen Test verlangen, ist nicht aus der Luft gegriffen.

Besonders problematisch ist der Einsatz der Genanalyse gerade dort, wo er in naher Zukunft am intensivsten und weitreichendsten zu erwarten ist: in der Frühdiagnostik. Wenn mittels Fruchtwasser-Punktionen bei Schwangeren nicht nur wie heute schwerwiegende Schädigungen der Erbsubstanz wie Mongolismus, sondern ein breites Spektrum an Erbanlagen festgestellt werden kann, so ist zu befürchten, daß schon geringe Abweichungen von der "Norm" zu einer Abtreibung führen. Doch, wer setzt fest, was noch als "normal" zu bewerten ist, wer bestimmt die Grenze, ab welcher ein Schwangerschaftsabbruch vorgenommen werden soll oder gar muß? Heute schon werden Fruchtwasseruntersuchungen mißbraucht - beispielsweise in Ländern mit einer restriktiven Bevölkerungspolitik wie China, wo Frauen sich für die Abtreibung eines weiblichen Fötus entscheiden.

Noch brisanter wird diese Forschung in Verbindung mit der Methode der in-vitro-Fertilisation. Bei dieser Richtung der Reproduktionsmedizin (ein medizin. Spezialgebiet, das sich mit der menschlichen Fortpflanzung und ihren Störungen beschäftigt) werden Eizellen außerhalb des Mutterleibes befruchtet - Frauen, die aufgrund von verstopften Eileitern unfruchtbar sind, können auf diese Weise Kinder bekommen. Durch eine hormonelle Behandlung werden die Eierstöcke sti-

muliert, die reifen Eizellen werden dann kurz vor dem Eisprung entnommen, in vitro befruchtet und bleiben 48 Stunden in einer Nährlösung. In dieser Zeit teilt sich die Zelle mehrmals und wird anschließend in die Gebärmutter eingepflanzt. Häufig kommt es allerdings zum Abortus, lediglich 10 - 15% der Frauen bringen ein Kind zu Welt.



Schema der Kern- und Zellteilung

Im Zuge der in-vitro-Fertilisation, die heute schon zur medizinischen Praxis gehört, wäre mittels der Genanalyse innerhalb von zwei Tagen nach der Befruchtung eine vollständige Entschlüsselung der Erbanlagen möglich. Im Stadium nach den ersten Teilungen sind die "Prä-Embryonen" noch besonders robust, jede einzelne der 4-8 Zellen ist noch omnipotent, d.h. sie enthält Informationen über die Gesamtheit der Erbanlagen. Teilt mensch die Zelle vom Rest ab, so entsteht in der Folge ein eigenständiges Lebewesen mit den gleichen Erbanlagen wie jenes, das sich aus dem Rest der Zelle entwickelt (so funktioniert auch das Klonen). In diesem Stadium kann also ohne Schwierigkeiten eine Zelle abgezackt und auf genetische Defekte hin untersucht werden. Entspricht der "Prä-Embryo" nicht den Erwartungen (wessen Erwartungen - der Eltern, des Arztes oder gar des Staates?) so wird er gar nicht erst in die Gebärmutter eingesetzt. Eine Horrorvision: Ein autoritärer Staat, der auf diese Weise ihm genehme "Untertanen" züchtet.

Auch wenn die in-vitro-Fertilisation manchen Frauen die Erfüllung eines langgehegten Kinderwunsches ermöglicht, darf mensch die durch dieses Verfahren anfallenden Probleme nicht vergessen. So reifen aufgrund der Hormonbehandlung weitaus mehr Eizellen heran, als letztendlich eingepflanzt werden können. Im Normalfall werden drei Embryonen eingesetzt - der Rest wird eingefroren. Da in unserer Gesellschaft alles verwertet wird, was mit finanziellen Nutzen verwertbar ist, war der Schritt zur Forschung an Embryonen nahe. In der BRD soll dies zwar per Gesetz verboten werden, doch schon jetzt wird der Entwurf von seiten der ForscherInnen massiv kritisiert. Ob der Gesetzesentwurf schlußendlich in Kraft tritt und wenn ja in welcher Form ist fraglich. Eingehalten wird er ohnedies nicht.

Mit welchen Kniffen sich manche WissenschaftlerInnen ihre Forschungsfreiräume und damit

zugleich Freiräume für verantwortungsloses Handeln erkämpfen, zeigt die Schöpfung des Begriffes "Prä-Embryo". Ein Prä-Embryo ist ein Embryo in jenem Stadium, in dem jede einzelne seiner Zellen noch omnipotent ist. Die Differenzierung zwischen Embryo und dem sogenannten Prä-Embryo ist willkürlich und wird offensichtlich eingesetzt, um die Akzeptanz für die Forschung an letzterem zu erhöhen. Und tatsächlich ist der sogenannte Prä-Embryo für die WissenschaftlerInnen von höchster Interesse, da er besonders robust ist. Zu diesem Zeitpunkt ist das Klonen (die Erzeugung von genetisch identen Lebewesen) und auch die Züchtung von Chimären relativ einfach möglich. Um Chimären zu erzeugen, wird beispielsweise der Inhalt einer Schaf-Eizelle in ein Ziegenembryo gepflanzt. Wenn sich die Zellhaufen verbinden, entsteht ein Mischwesen. Wie das Tier am Ende allerdings aussieht, läßt sich nicht voraussagen, geschweige denn steuern.

Embryonen haben noch weitere Eigenschaften, die ihre medizinische Nutzung vorantreiben. Sie lösen im Gegensatz zu anderen Transplantaten nach einer Verpflanzung keine Abwehrreaktionen aus.

Wie die Chimärenbildung und das Klonen ist auch das Verpflanzen von fremden Genen in eine befruchtete Eizelle oder ein Prä-Embryon im Tierversuch längst üblich. Das Erbmateri-

al wird mittels einer Injektionsnadel in den Zellkern eingespritzt. Die so behandelten Tiere geben die angezüchtete Eigenschaft oder Anlage auch an nachfolgende Generationen weiter. Auf diese Weise möchten WissenschaftlerInnen beim Menschen Erbdefekte ein für allemal beseitigen. Heute nehmen die ForscherInnen von einer "Keimbahntherapie", also von der Manipulation an menschlichen "Prä-Embryonen" noch Abstand, denn

zur Zeit sterben im Zuge solcher Versuche viele Embryonen ab. Doch sollte auch diese Schwierigkeit überwunden werden, so steht in Verbindung mit der Gen-Analyse und der in-vitro-Fertilisation der gentechnischen Zucht des Menschen nichts mehr im Wege. Denn was beim Tier schon heute funktioniert (Chimärenbildung, Klonen, Veränderung des Erbgutes) ist auch beim Menschen machbar. Die "schöne, neue Welt" als Zukunftsperspektive?

Projekt TATblatt: "Brief eines Redaktörs"

1 Jahr Zweitageszeitungsprojekt - 4 Nummern Minus-TATblatt,... ein möglicher Anlaß zurückzublicken:

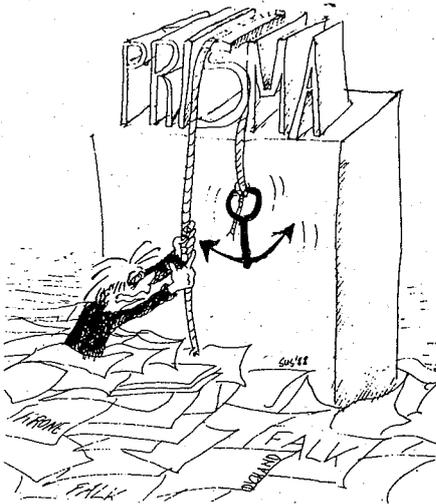
Auf den Punkt gebracht: Wir liegen hinter unseren Ansprüchen zurück, und wollen verbessern. Thematische Vielfalt, bessere Informationsflüsse, höhere Aktualität und funktionierende Kontinuität sind ein paar Schlagworte; all dies muß endlich erreicht werden. Dazu gilt es aber nach den Gründen zu suchen, warum so manches derzeit schief läuft.

Aus der Geschichte des TATblatts

Vor etwas mehr als einem Jahr, die letzten Flämmchen des Streiks der Studentinnen und Studenten waren gerade erloschen, lag das Thema der medialen Ohnmacht gar vielen schwer im Magen. Wieder hatten die Massenmedien nur die Meinung der Herrschenden - hier: der ÖH und der Bundesregierung - vermittelt. Die Mangelhaftigkeit der Informationsflüsse aus den Hochschulgebäuden hinaus auf die Straße und hinein in die Wohnungen der Leute (und natürlich hinein in die Betriebe) taten ihren nicht unbedeutenden Teil zum Scheitern der größten Ungehorsamswelle seit 1955.

Die Überlegungen, wie diese Ohnmachten überwunden werden könnten, führten gar oft in die Utopie einer eigenen - unabhängigen, linken, basisdemokratischen,... - Tageszeitung. Gar oft wurden diese Utopien ins Reich unrealisierbarer Träume abge-

soben. Nur einmal nicht: Das Projekt TATblatt war geboren, damals noch ohne Namen.



Ein damals siebenköpfiges Kollektiv begann zu rechnen, zu spekulieren und konzipieren, und stellte fest: Es könnte funktionieren, zumindest bei "nur" zweitäglicher Erscheinungsweise. Ein erstes umfangreiches Konzept "Prisma" wurde Ende April vorgestellt und bildete die Grundlage zahlreicher öffentlicher Diskussionsrunden, die fortan stattfanden.

Breite öffentliche Diskussionen und die Weiterentwicklung des Konzepts auf den offenen "Zweitageszeitungsplena" wurden als unerlässlich erachtet, um die konzipierte Zeitung wahr machen zu können. Sollte die Zeitung doch allen daran interessierten Grup-

pen und Initiativen offen zur Verfügung stehen; sollte das gesamte Zeitungsprojekt von der Aufbauphase beginnend und erst recht zur Zeit des regelmäßigen Erscheinens doch von einer breiten Basis getragen werden.

Die Plena waren ein voller Erfolg. Die "breite Basis" diskutierte viel und ausführlich. Wenn es aber darum ging, Arbeit aufzuteilen, sah die Welt der Basisdemokratie plötzlich etwas anders aus. Somit wurde es alleinige Aufgabe des Kollektivs, die Ideen und Ansprüche der "Basis" umzusetzen und darüberhinaus selbständig vorzuarbeiten, um Diskussionsgrundlagen für nächste Plena zu erstellen. Vorerst erschien dies aber gar nicht so unpraktisch, und so wurde fortan unterschieden zwischen einem "inneren Kreis" - dem aktiv arbeitenden Kollektiv - und einem eher passiven "äußeren Kreis" all jener, die die Plena besuchten. Um endlich auch den äußeren Kreis zu aktivieren und verstärkt einzubinden, wurde die Idee geboren, selbständige Arbeitsgruppen zu inhaltlichen Themenschwerpunkten zu organisieren. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppen sollte unter anderem in der Betreuung von Fachgebieten und der Vernetzung von Informationsquellen liegen. Selbstständiges Arbeiten der mühsam organisierten Arbeitsgruppen fand aber niemals statt. Im Sommer versandeten sie vollends.

Zu dieser Zeit hätte laut Konzept das Projekt - abgesehen von einigen letzten Schliffen - fertig umgesetzt worden sein sollen. Doch alles lag weit hinter dem Zeitplan zurück. Der "innere Kreis" ging daran, neue Kräfte zu sammeln und fuhr über die Sommermonate verteilt auf Urlaub. Die in Wien Zurückbleibenden sollten die Büroarbeit auf Sparflamme fortsetzen.

Im Juni und Juli, nachdem die Abfangjäger stationiert wurden, zog es einige TATblatt-Leute längere Zeit ins Widerstandscamp, dem "Autonomen Staatstaat Thalerland" bei Graz. Als im August schließlich die Häuser Aegidigasse/Spalowskygasse abgerissen wurden, schien es allen vordringlicher, sich aktiv und solidarisch an den laufenden Auseinandersetzungen zu beteiligen (wie es später auch die Zeitung tun soll, wenn es sie gibt). Als Folge blieb alle Zeitungsarbeit liegen und häufte sich an.

Zwar wollte frau und man im Herbst dort weitermachen wo im Sommer aufgehört worden war, doch "die Luft

schien draußen", die Motivation war verfliegen.

Es erschien uns auch nicht sinnvoll, zuallererst wieder Plena zu "veranstalten", nachdem die Erfahrungen keinen Grund zur Hoffnung boten, daß diese Auslöser konstruktiver Arbeit sein könnten.

Es müßte, so wurde uns klar, ein neuer Weg eingeschlagen werden.

Dieser neue Weg sollte aber keineswegs vom basisdemokratischen Anspruch des offenen Zugangs und der breiten Basis, die das Projekt tragen soll, wegführen. Im Gegenteil. Der neue Weg sollte die breite Beteiligung durch ständige Umsetzung des jeweiligen Diskussions- und Entwicklungsstandes fördern. Der neue Weg sollte sein: Probeweises vierzehntägiges Erscheinen einer Zeitung aus dem sich die Zweitageszeitung entwickeln soll. Der neue Weg, das waren schließlich die...

TATblatt-Minus-Nummern

Alle die im Frühjahr mitdiskutiert hatten, sollten sich nicht mehr nur theoretisch, sondern auch praktisch beteiligen (können). Es galt, nicht mehr länger nur in Zukunftsträumen zu schwelgen um sie immer wieder von neuen Seiten zu betrachten oder sie zu verschlampen oder sonstwie abzuservieren. Vielmehr galt es nun, die Ideen zumindest teilweise in die Realität umzusetzen, und sie nicht nur in ihrer Imaginarität zutodezudiskutieren, sondern an greifbaren Ergebnissen und Effekten zu messen.

Das dazu nötige Arbeitsaufkommen war nur schwer abschätzbar, wiewohl fast alle Kollektivmitglieder vielfältige Zeitungserfahrungen - vom Autonomen Stadtinfo über Akin, Gewaltfreien Widerstand bis hin zum Falter mitgebracht hatten. Trotzdem: Die Arbeit mußte bewältigbar sein, rechneten wir doch mit fortan steigender Beteiligung interessierter Leute. Eine Rechnung die zuerst auch aufzugehen schien.

PRISMA
ZWEITAGESZEITUNG ZUR VERBREITUNG UNTERDRÜCKTER NACHRICHTEN
(provisorischer Arbeitstitel)

Wo wir kämpfen, da ist das Leben.
Pfui Deibel!

Wir wollen eine Zweitageszeitung machen!
Ab Oktober

TATblatt
MINUS-EINHUNDERTUNDEINS-NU

Neues von der Zweitageszeitung

Initiativen, Gruppen und einzelnen AktivistInnen, braucht Informationen aus den politischen und sozialen Bewegungen und Kämpfen in aller Welt.

Monats-, Vierteljahres-, usw. Zeitschriften erscheinen zu selten um unmittelbar reagieren zu können. Woran es fehlt, ist ein tägliches...

Was sind die politischen Interessen und Fähigkeiten und z.B. Gruppen und jekt weit vertritt...

Wir wollen eine Zweitageszeitung machen! Sie wollen eine Zweitageszeitung machen! Sie wollen eine Zweitageszeitung machen!

Unabhängige Initiative Informationskultur
Postfach 221
1050 Wien

Wir wollen eine Zweitageszeitung machen! Sie wollen eine Zweitageszeitung machen! Sie wollen eine Zweitageszeitung machen!

300
396
395
388
381
1.150
1.150
1.367
887

London
England
Wien

55 8
Dienstag, 26. Oktober 1988

Was schließlich wirklich herauskam waren unbezahlte 50-Stunden-Wochen für einige wenige "RedaktörInnen" bei den ersten beiden Nummern. Als bei der Produktion der Minus-99-Nummer technische Störungen und schließlich auch noch redaktionsinterne Grippeviren auftraten, verschob sich das Erscheinungsdatum um fast zwei Wochen. Geringfügige Verzögerungen um nur einen Tag verhinderten die Wahrnehmung unseres Termins in der Druckerei der Minus-98-Nummer kurz vor Weihnachten. Ein Verschieben war unmöglich, die Nummer mußte - obwohl bis zur Druckvorlage fertiggestellt - ausfallen.

Die "hehren Vorhaben" schienen unverwirklicht. Der daraus entstandene Frust führte zu zwischenmenschlichen Spannungen, die das ohnehin schon minderoptimale Arbeitsklima durch zusätzliche Kälteschocks trübten.

Zu allen Problemen gesellt sich auch das finanzielle, das freilich auch Urheber einiger der anderen Probleme ist. Ein Textverarbeitungsgerät ist einfach zu wenig. Dieser Mangel wäre schon unerträglich genug, wenn es halbwegs funktionieren würde, was es aber absolut nicht tut. Rationelles Computer-Layout ist derzeit praktisch nicht möglich, was zu Tagundnachtarbeit an den Wochenenden und unnötiger Unflexibilität und Unaktualität führt. (Anmerkung des Layouters am Computer um 23.35 Uhr: Jetzt geht es ja doch!)

Da es nicht möglich ist, die Zeitungsbearbeitung zu bezahlen, sie aber 20 bis 50 Stunden pro Woche und Person beansprucht, die Personen aber auch für ihren Lebensunterhalt zu sorgen haben, ist kontinuierliche Arbeit mehr als wahnwitzig. (Zur Arbeit des Kollektivs heute gehört alles, was mit der Zeitung verbunden ist: Journalistische Arbeit, Satz, Layout, Druck, Vertrieb, Buchhaltung, Geldaufreibung, Organisation, usw.)

*So kann es nicht weitergehen!
Aber weitergehen muß es. Bloß wie?*

Das TATblatt sollte nie eine Zeitung

einer Redaktion sein, und es soll es auch jetzt nicht sein. Schließlich soll das Projekt TATblatt den herrschenden Medien und ihren in ihrer Entfremdung von Leben, Welt und Sozialen Auseinandersetzungen gar so "objektiven" BerufsjournalistInnen ein Medium von Betroffenen entgegenstellen. Das TATblatt soll aus dem politischen und kulturellen Leben herauswachsen.

Die "Redaktion" soll nur Koordinationsstelle sein, die technische Checks macht und die einlaufenden Informationen verarbeitet und in eine Zeitung packt. Die Zweitageszeitung (später) soll auch noch durch Nachrichten angereichert werden, die an und für sich auch in bürgerInnenlichen Zeitungen erscheinen, aber auch ins TATblatt aufgenommen werden sollen (wohl in etwas anderer Form), um das Kaufen bürgerInnenlicher Tageszeitungen erlässlich zu machen.

Ein erster Schritt zur Verbesserung:

Die Informationsflüsse in die Redaktion gehören schleunigst organisiert, vadaumdnomo¹. Dies muß durch Beteiligung von Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen aus der Breite des links/bunt/alternativen Spektrum in Politik und Kultur geschehen. Wir wünschen uns Berichte, Beiträge und auch bloße Infos, die die Grundlage von Berichten darstellen. Honorare gibt es keine, doch gilt es zu überdenken, ob nicht allein die Verwirklichung des Projekts ein Anliegen sein könnte/sollte. Wiewohl durch Unterstützung des TATblatts kein feststehendes starres Projekt unterstützt wird, sondern ein Vorhaben, bei dem Mitmischen, Mitgestalten und "Mittragen" nicht nur möglich sondern auch unerlässlich ist.

Doch Inhalte alleine genügen nicht. Es muß auch die Kapazität, diese Inhalte zu verarbeiten, wiedererreicht werden. Das heißt: Das Kollektiv muß größer werden. Das unbewältigbare Arbeitspensum auf mehr Leute verteilt, wird zur lustvollen Betätigung ohne Druck. Alle sollten soviel arbeiten wie sie Zeit haben und wieviel sie wollen. Das funktioniert aber nur, bei genügender MitarbeiterInnenzahl.

Die ersten Schritte zum ersten Schritt

Wir wollen die Entwicklung des TATblatts, die Probleme und Erfolge fortan transparenter machen, und wieder verstärkt inhaltliche Auseinandersetzungen führen. Dies war von Anbeginn als Teil der TATblatt-Minus-Nummern geplant. Es ging nur als Folge der Überarbeitung unter. Der Sachzwang nagte einmal mehr an den Ansprüchen.

Am 25. Jänner um 19 Uhr wird ein (gut vorbereitetes) TATblatt-Großplenum im TATblatt-Büro (Wien 5, Margaretenstraße 122-124/Stiege 1/Keller) stattfinden, zudem alle die kritisieren wollen, ihre Meinung artikulieren wollen, die sich als AnsprechpartnerInnen bei der Informationsbeschaffung oder sonst etwas verstehen, die Interesse am Aufbau des TATblatts haben, unbedingt kommen sollten. Es ist egal ob du mitreden und diskutieren willst, Kritik artikulieren willst, oder ob du in irgendeiner Form in Zukunft mitarbeiten willst. Und keine/r soll sagen, er/sie sei dafür nicht geeignet, zu unerfahren oder sonst was (man/frau verzeihe den gehobenen Zeigefinger). Wir halten uns auch nicht für naiv und idiotisch-utopisch. Das TATblatt ist kein Profiprojekt, es ist eine Zeitung von unten (oder sollte es sein).

Je höhergesteckt das Ziel, desto größer die Mißerfolge und Enttäuschungen, umso höher die Hochs, umso tiefer die Tiefs.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren. Aber das wissen wir ja; so pathetisch das hier nun auch klingen mag.

Dieser Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder. Leider fällt es derzeit sehr schwer, alles auszudiskutieren. (Anm.)

¹Verdammt noch einmal!

Dokument/Historisch:

WAS EINE BÜRGERLICHE ZEITUNG IST

von Antonio Gramsci

Ihr sagt, daß ihr nicht der Versuchung widerstehen könnt, euch vier oder sechs Seiten bedruckten Papiers in die Tasche zu stecken, weil ihr euch jeden Tag die wichtigsten Ereignisse in allen Ländern vor Augen führen wollt. Aber seid ihr ganz sicher, daß euch das zuteil wird, wenn ihr eine bürgerliche Zeitung gekauft habt? Ihr betrachtet sie als eine große Nachrichtenvermittlung, aber ihr irrt. In Wirklichkeit ist die bürgerliche Zeitung nichts weiter als der Exponent der bestimmten, von ihr vertretenen Interessengruppe, und selbst in ihrer Funktion des Nachrichtensammelns und -verbreitens entstellt sie - auch in normalen Zeiten - die Wahrheit. Und es ist natürlich, daß dem so ist. Die bürgerliche Zeitung ist ein privates Unternehmen. Sie wird gedruckt, weil sie ihren Besitzern Geld einbringt. Wenn ihr eine bestimmte Position schadet, dann rückt sie von ihr ab. Da sie lediglich eine Art Kapitalanlage ist, darf sie zwangsläufig nur das sagen oder verschweigen, was ihrer Kasse nützen kann. In dieser Hinsicht hat es erstaunliche Fälle gegeben. Als 1911 die Öffentlichkeit auf den Libyenkrieg¹⁾ präpariert wurde, wies ein Zeitungsverleger, der Tagesblätter in mehreren italienischen Großstädten herausbrachte, sein Personal an, unterschiedliche Haltungen dazu einzunehmen. In der einen Stadt sollte sich seine Zeitung für das Unternehmen aussprechen, in einer anderen dagegen. Nach dem finanziellen Resultat der Operation wollte er Geist und Linie seines Unternehmens ausrichten. Sollte die Auflage des Blattes ansteigen, das dafür war, so wollte er der Zeitungsmann - alle seine Tageszeitungen auf den Kriegspfad lancieren; sollte indessen der entgegengesetzte Fall eintreten, so wollte er das Gegenteil veranlassen. Und da es diesen Zeitungshändler dünkte, der Strom verlaufe zugunsten der erstgenannten Haltung, wies er an, daß alle seine Blätter auf diesem Wege marschierten. Und so geschah es.

Und, wohlgermerkt, das ist noch der ehrenhafteste - oder am wenigsten unehrenhafte - Fall von journalistischem Kommerzgeist. Denn oftmals - allzuoft! - geschieht es, daß sich die bürgerliche Zeitung nicht von der im Publikum vorherrschenden Strömung leiten läßt, sondern sich aus einer Nützlichkeitsabwägung oder aus finanziellem Kalkül heraus zum Ziele setzt, ihre Leser in eine bestimmte Richtung zu drängen.

Und dann erleben wir die sogenannten Zeitungskampagnen, in denen Männer der Wissenschaft und Literatur vor den Lesern Artikel über Artikel ausbreiten, einzig und allein mit der Absicht, ihnen die Meinung des Zeitungsbesitzers aufzudrängen.

In der Praxis vollzieht sich das so: der Eigentümer der Zeitung engagiert eine Anzahl - mehr oder weniger geübter - Schreiber und weist jedem seine Aufgabe zu. Er zeichnet ihnen in großen Linien den sogenannten Kurs vor und fordert sie, gegen beträchtliches Entgelt, zur Arbeit auf. Und diese - mehr oder weniger geübten - Schreiber arbeiten, das heißt, sie schreiben. Sie bringen die Nachrichten heraus, die mit der vom Prinzipal vorgezeichneten Leitlinie übereinstimmen; und alle anderen werden abgewürgt, verändert, entstellt, wenn sie nicht geradezu in den Papierkorb wandern. So bestürmen sie den Geist des Lesers aus allen Richtungen: mit dem historischen Rückblick, der literarischen Skizze, mit dem statistischen Beleg, der kunstgerechten Lokalchronik. Und so geht es wochen- und monatelang, bis sie in ihrer Klientel jene Stimmung erzeugt haben, in der sich die Pläne des Besitzers verwirklichen lassen.

Ideale, Programme, Gefühle und politische Überzeugungen, alles wird diesem praktischen Zweck untergeordnet. Ist die Übereinstimmung unter

den bürgerlichen Blättern nicht vollkommen, mag es geschehen, daß ein Unternehmen scheitert, auf das ein Teil von ihnen hinarbeitete; ist aber die Übereinstimmung vorhanden, dann kann man gewiß sein, daß die Meinung der bürgerlichen Blätter schließlich die Oberhand gewinnt. Und es tritt der sonderbare Fall ein, daß der Wille, das Interesse, das Kalkül eines halben Dutzends von Zeitungsbesitzern sich gegen das Interesse und selbst gegen den Willen einer ganzen Bevölkerung durchsetzt. Die Erscheinung ist für das Gemeinwesen so gefährlich, daß man es in einigen hochzivilisierten und fortgeschrittenen Staaten (zum Beispiel dem nordamerikanischen Bund) als notwendig empfand, Maßnahmen auch gegen Zeitungstrusts zu treffen, da man sie als eine öffentliche Gefahr und Bedrohung ansieht.

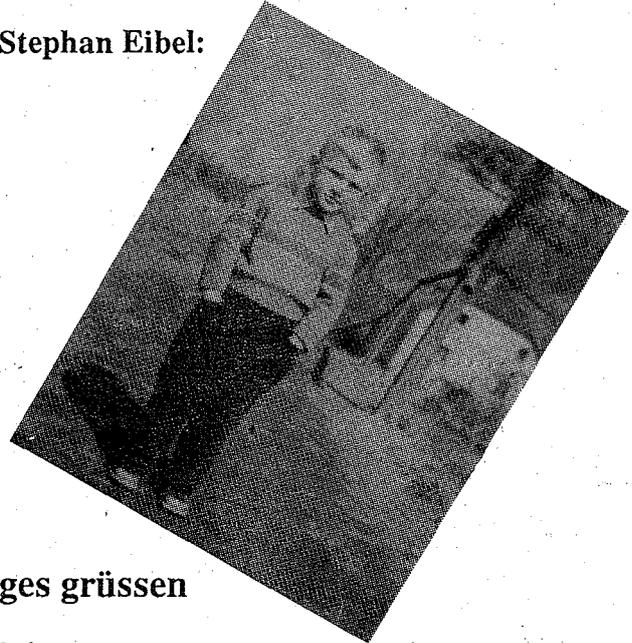
Es ist eine Utopie, zu meinen, man könne auch bei uns zu ähnlichen Beschlüssen gelangen. Und vielleicht ist dies auch gar nicht praktikabel. Das Mittel zur Abhilfe ist wiederum dasselbe, auf das wir gestern hingewiesen haben: Das Bewußtsein der Massen wachzurütteln wider die Heimtücke der bürgerlichen Zeitung, und nicht müde werden in dem Ruf: Boykottiert sie! Sie nutzen unsere Wißbegier aus und verwandeln sie in eine Angriffswaffe, die sie gegen uns richten werden, wann immer es ihnen gefällt. Boykottiert sie, boykottiert sie, boykottiert sie!

"Avanti", Piemonteser Ausgabe, 23. 12. 1916

¹⁾ Im Italienisch-Türkischen Krieg 1911/12 annektierte Italien Libyen. Nach dem Vertrag von Lausanne (1912) mußte die Türkei sich aus Libyen zurückziehen, das unter italienischer Herrschaft verblieb.

Stephan Eibel wurde irgendwann irgendwo geboren, ist Mitglied der Grazer AutorInnenversammlung und lebt in Wien. Bei der Hausbesetzung in der Unteren Augartenstraße in Wien-Leopoldstadt im Spätsommer dieses Jahres hörte er zum erstenmal vom Projekt TATblatt; Und die meisten vom Projekt TATblatt hörten zum erstenmal von Stephan Eibel - wiewohl er der größte Dichter überhaupt sein soll, wie er sagt. Wie auch immer: Heute ist Stephan Eibel ständiger Kolumnist im TATblatt.

Und das ist Stephan Eibel:



anständiges grüssen

atheist!

die definition besteht also in der negation von theismus.

das ist die katastrophe.

dieser gott wird also so ernst genommen, dass sogar die ablehnenden sich durch ihn definieren.

deshalb fragt sich der ablehnende beim gruß:

grüß gott!

wozu?

vorschlag:

muh

1. leitet sich nicht von gott ab

2. leicht zu merken

3. deutet ein ökologisches hintergrunddenken an

4. walter oswald und hubsi kramar sind sehr dafür

5. deutet überhaupt einiges an

mih ist die antwort.

person 1: muh (frohes muh)

person 2: mih (freundliches mih)

der zuerst grüssende sagt muh, der zweitgrüsser sagt entweder nichts oder mih.

problemfall (gleichzeitiges muh)

person 1: muh

person 2: muh

person 1: ah, es regnet

person 2: für mich auch

problemfall gelöst

das problem bestand im gleichzeitigen grüssen. muh muh. die

regel besagt, dass bei gleichzeitigkeit beide ein jahr spä wählen müssen. die regel kann jedoch umgangen werden, wenn der eine und vielleicht auch der andere sagt: es regnet.

beispiel für eine beispielhafte verabschiedung:

person 1: muh

person 2: muh

beispiel einer beispielhaften begrüssung:

person 1: muh

person 2: mih

TATblatt

Impressum:
 Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:
 Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
 1050 Wien, Postfach 282
 Redaktionsadresse:
 1050 Wien, Margareten Gürtel 122-124/Stiege 1/Keller
 Telefon: (0222) 54 23 07, Dienstag ab 14 Uhr, Donnerstags ab 11 Uhr.
 Druck: Eigendruck

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung.

Die TATblatt-Minusnummern enthalten:

- Aktuelles
- Reportagen
- Presserundschau
- und einen Teil um das Projekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw

...und das alle vierzehn Tage.

Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst:

Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe.

*An Möglichkeiten, das
 TATblatt finanziell zu
 unterstützen mangelt es
 keineswegs:*

1.) TATblatt-Bausteine

Ein Baustein kostet S 70.-. Wir finanzieren mit dem Geld die Produktion der "Minus-Nummern". Als Baustein-KäuferIn erhältst du ein halbes Jahr lang alle vierzehn Tage die TATblatt-Minusnummern zugeschickt.

2.) Subskriptionsabos für die Zweitageszeitung

Mit Beginn der zweitäglichen Erscheinungsweise bekommst du das

TATblatt drei mal wöchentlich zugeschickt. Wenn du das Abo bereits jetzt bezahlst, ermöglichst du uns, besser zu kalkulieren. Die Preise betragen:

250.- fürs Vierteljahr, 450.- fürs halbe Jahr und 850.- für ein ganzes Jahr.

3.) Mitgliedschaft in der "Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt". Dieser Verein ist Herausgeber des TATblatts (Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu). Die Mitgliedsgebühr kostet im ersten Jahr 1000.-

4.) kleine und große Spenden

Unser Konto:
 P.S.K. 7547 212.

Nähere Infos:
 Unabhängige Initiative
 Informationsvielfalt
 Postfach 282
 1050 Wien

o Ja, ich will die TATblatt-Minus-Nummern ein halbes Jahr lang zugeschickt bekommen und bestelle daher hiemit Baustein(e) á öS 70.-

o Ich will nähere Informationen über die Mitgliedschaft in der U.I.I.
 o Ich will

Bitte ausschneiden, auf Postkarte picken und uns schicken.

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt

1050 Wien, Postfach 282

P.S.K. 7547 212